

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Erährungsstrategie für das Land Bremen: Wo stehen wir, wo wollen wir hin?**

Was Menschen essen, ist auch für die Politik relevant. Das Thema Ernährung ist äußerst vielschichtig und spielt für die Gesellschaft eine entscheidende Rolle. Es berührt sowohl individuelle und kulturelle Fragen, ist ein entscheidender gesundheitspolitischer Faktor, ist bedeutend für die Pandemieprävention und hat ökologische Herausforderungen und Chancen. Außerdem hat das Thema Ernährung eine sozioökonomische und tierrechtliche Dimension.

Derzeit wird für das Land Bremen an einer Ernährungsstrategie gearbeitet, die Ende 2025 vorliegen soll. Einiges ist in Bremen bereits umgesetzt beziehungsweise entschieden worden und sollte auch in einer neuen Ernährungsstrategie zum Tragen kommen: Sie sollte unter anderem als Weiterführung des 2018 in Bremen verabschiedeten „Aktionsplans 2025 – Gemeinsame Ernährung in der Gesamtverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ (Aktionsplan 2025) dienen. Dieser legte den Fokus mit seinem Schwerpunkt Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung auf die kommunalen Kliniken, die Betriebskantinen sowie die kommunalen Kitas und Schulen, weil sie in der unmittelbaren Einflussosphäre der Stadtgemeinde Bremen liegen. Auf Bundesebene wurde am 17. Januar 2024 darüber hinaus im Bundeskabinett die Ernährungsstrategie „Gutes Essen für Deutschland“ beschlossen. Die hierin formulierten strategischen Ziele bilden Schnittmengen mit den in Bremen bereits adressierten Handlungsbedarfen zur Schaffung eines Angebotes an leckerem, gesundem und nachhaltigem Essen. Diese sollen daher auch in einer Bremer Ernährungsstrategie zum Tragen kommen.

Ein in einer neu zu entwickelnden Ernährungsstrategie zu berücksichtigendem Faktor ist darüber hinaus die „Klimaschutzstrategie 2028 der Freien Hansestadt Bremen“, die unter anderem in der Maßnahme „L-KE-175 Nachhaltige Transformation des Ernährungssystems“ die Entwicklung einer Ernährungsstrategie als Dachstrategie im Land Bremen unter Beteiligung der Bürger:innen und relevanter Stakeholder vorsieht. Ziel ist es, dass sich alle Menschen in Bremen gesund ernähren können und

dabei die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Dies zeigt, dass es wichtig ist, die Bedeutung des Themas Ernährung zu erfassen, die Ziele einer zu erarbeitenden Ernährungsstrategie gesellschaftlich breit zu diskutieren und sich auf entsprechende Standards zu einigen.

Wir fragen den Senat:

1. Ernährungsstrategie für das Land Bremen
 - a) Welche Bedingungen und Beschlüsse aus Bremen und Bremerhaven oder darüber hinaus geben für die Erarbeitung der Ernährungsstrategie den Rahmen vor?
 - b) Welche Arbeitsschritte wurden bereits eingeleitet?
 - c) Was sind die nächsten inhaltlichen und zeitlichen Ziele? Zu wann wird damit gerechnet, dass die Ernährungsstrategie öffentlich zugänglich ist?
 - d) In welchen Ressorts spielen die Themen „Ernährungsarmut“ und „Gesunde Ernährung“ eine Rolle und warum?
 - e) Welche Ressorts sind bei der Erstellung der Ernährungsstrategie grundsätzlich betroffen, welche sind tatsächlich auch aktiv involviert, und welche Ressorts sind perspektivisch im Konzept einer Ernährungsstrategie angesprochen?
 - f) Welche Institutionen und Gruppierungen sind darüber hinaus an der Erarbeitung der Ernährungsstrategie bereits beteiligt, welche sollen noch beteiligt werden?
 - g) Wie wird für eine möglichst breite Unterstützung der künftigen Ziele in einer Ernährungsstrategie gesorgt?
 - h) Wie wird die Beteiligung von Bremerhaven bei der unterschiedlichen Ausgangslage der beiden Städte im Prozess sichergestellt?
2. Gemeinschaftsverpflegung unter dem Aktionsplan 2025
 - a) Welche vorläufige Bilanz zieht der Senat aus dem kommunalen Aktionsplan 2025?
 - b) Welche jährlichen Mehrkosten für die Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf ökologische Lebensmittel sieht der Senat im Bereich Krankenhäuser, Kita Bremen und Schulen im Detail und wie bewertet er dies?

- c) Wie bewertet der Senat die Bedeutung einer guten Gemeinschaftsverpflegung, gerade für armutsbetroffene Kinder, in Bezug auf Gesundheit und Teilhabe?
- d) Wie stellt der Senat sicher, dass seine hohen Anforderungen an die Qualität und Nachhaltigkeit von Gemeinschaftsverpflegungsangeboten in seinem direkten Verantwortungsbereich dauerhaft eingehalten werden?
- e) Welche Ressorts sind derzeit im Rahmen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich Gemeinschaftsverpflegung mit welcher jeweiligen Schwerpunktsetzung beteiligt, und wie arbeiten diese zusammen?
- f) Wie kann aus Sicht des Senats sichergestellt werden, dass Frischeküchen, die vielen Schulen und Kitas als wichtiger Baustein einen bedeutenden Beitrag im pädagogischen Konzept, der gesunden und frischen Ernährung, der Arbeitsplatzsicherung, der regionalen Wertschöpfungskette und der Ernährungsbildung spielen, trotz begrenzter finanzieller Möglichkeiten ihre Arbeit fortsetzen können?

3. Quartiersebene

- a) Welche Orte der Gemeinschaftsverpflegung außerhalb von Schulen, Kitas und Krankenhäusern sind dem Senat bekannt, und wie bewertet er die Qualität der Versorgung in denen, die Eigenbetriebe oder geförderte Einrichtungen sind?
- b) Welche Art von Unterstützung gibt es für Einrichtungen, die niedrigschwellig Mahlzeiten im Quartier anbieten, und an welche Kriterien ist sie geknüpft?
- c) Welche Zielgruppen werden vom Senat auf Quartiersebene im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung ausgemacht, und welche hiervon sind nach Ansicht des Senats besonders relevant für Angebote einer gesunden, sättigenden Ernährung in den Bremer Quartieren? Wie begründet der Senat dies?

4. Klimaschutzstrategie 2038

- a) Welchen Stellenwert hat der Bereich Ernährung für den Senat bei der Erreichung der eigenen Klimaschutzziele?
- b) Warum liegt noch keine Datengrundlage zur Nachhaltigkeit in der Gemeinschaftsverpflegung entsprechend der Maßnahme „Monitoring Ernährung: Berichtswesen zu Konsum und Ernährung im Land Bremen“ vor?

- c) Welche aktuellen Herausforderungen und mögliche Lösungen sieht der Senat im Bund-Länder-Gremium zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung, an dem Bremen sich beteiligt?
- d) Welche Bedeutung hat aus Sicht des Senats die Maßnahme „Steigerung der Wertschöpfung und Verarbeitungskapazitäten pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte“ im Rahmen des Klimaschutzes, und was für Projekte wären in diesem Zusammenhang in Bremen denkbar?
- e) Welche Maßnahmen sind bereits für eine Bundesratsinitiative für klimagerechtere und gesundheitsfördernde Mehrwertsteuersätze auf Lebensmittel auf den Weg gebracht worden, und welche weiteren Schritte sind geplant?
- f) Welche Ergebnisse konnten bisher bei den Maßnahmen zu EU-Vermarktungsnormen von Obst und Gemüse, zur Lebensmittelkennzeichnung von tierischen Inhaltsstoffen und Beschönigung von Werbung auf Tierproduktverpackungen erzielt werden?
- g) Wie beurteilt der Senat den Stand der Umsetzung bei der Maßnahme zu pflanzlichen Alternativen bei öffentlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel dem Freimarkt, und was tut er, um den Beschluss der Enquetekommission vollständig umzusetzen?
- h) Inwieweit wird eine Überarbeitung der Verwaltungsvorschrift für die Beschaffung der Freien Hansestadt Bremen einen Beitrag zu einer nachhaltigeren Ernährung und Lebensmittelwirtschaft in Bremen beitragen?
- i) Welche ernährungsrelevanten Aspekte sind Teil der neuen Beschaffungsrichtlinie in Bremerhaven?
- j) Welche Fortschritte gibt es bei der Steigerung von vegetarischen und veganen Alternativen bei öffentlichen Veranstaltungen in Bremerhaven beziehungsweise welche Hindernisse gibt es dabei?

5. Regionale Wertschöpfung

- a) Welchen Stellenwert haben regionale Lebensmittel für den Senat im Rahmen der Erarbeitung einer Ernährungsstrategie, und welche Möglichkeiten sieht er, die regionale Wertschöpfung im Land Bremen und dem niedersächsischen Umland zu erhöhen?

- b) Welche Herausforderungen gibt es hierbei, und wie können diese behoben werden?

Bithja Menzel, Philipp Bruck, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN